



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
05.01.2017

Unbegleitete minderjährige „Flüchtlinge“: Übersicht der Kosten 2012 – 2016, Kosten für 2017 volljährig Gewordene

Der Philosoph, Theologe und frühere Volkskammer-SPD-Fraktionschef Richard Schröder rief in einem Gastbeitrag für die Tageszeitung „Die Welt“ jetzt die explodierenden Kosten für die Betreuung sogenannter „unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge“ (umF's) in Deutschland in Erinnerung und ebenso die Tatsache, daß es sich bei dieser Personengruppe – etwa wegen vergleichsweise häufiger Fälle von Erschleichung von Sozialleistungen, aber auch wegen Auffälligkeiten in puncto Delinquenzbelastung – um eine Problemgruppe handelt. Schröder rechnet vor: „Ein UMF kostet pro Monat etwa 5000 Euro, denn er muss ja rundum betreut werden, eben weil er unmündig und charakterlich noch ungefestigt ist. Das macht im Jahr 60.000 Euro. Für die 50.000 UMF des letzten Jahres werden wir also schlicht drei Milliarden aufbringen müssen.“ Anhand der vorliegenden Zahlen weist der Autor darüber hinaus darauf hin, daß sich die Zahl „unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge“ in Deutschland allein innerhalb der letzten zwei Jahre verzehnfacht habe, und schlußfolgert: „Wenn wir das auf weitere zwei Jahre hochrechnen, hätten wir 2018 eine halbe Million zu erwarten. Diese Hochrechnung ist sehr fragwürdig, aber auch eine Verdopplung im nächsten Jahr wäre schwer zu verkraften.“

Die frühere Sozialreferentin der LHM wies in einem Schreiben an die Bundesfamilienministerin bereits vom Januar 2016 darauf hin, daß die „Landeshauptstadt München (...) für die tausenden jungen Menschen, die in und außerhalb Münchens in der Zuständigkeit des Stadtjugendamtes München untergebracht wurden, viele Millionen Euro verauslagt, um rechtzeitig deren Unterkunft, pädagogische Betreuung, medizinische Versorgung sowie die Grundbedarfe wie Kleidung, Ernährung, Mobilität und Taschengeld sicherzustellen“. Die verauslagten Kosten werden nach inzwischen geltender Rechtslage einheitlich mit dem Bezirk Oberbayern abgerechnet. Lokalpresse und Sozialreferat veranschlagen allein die angefallenen und verauslagten Kosten für rund 8500 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die zwischen 2012 und Ende Oktober 2015 vom städtischen Jugendamt betreut wurden, auf rund 240 Millionen Euro an Steuergeldern. – Es stellen sich Fragen.

b.w.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Wie viele Fälle von „unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen“ wurden zwischen Ende Oktober 2015 und Jahresende 2016 neu vom städtischen Jugendamt der LHM in Obhut genommen?
2. Verauslagte und erstattungsfähige Kosten in welcher Höhe fielen für diese Neufälle an?
3. Kosten in welcher Höhe fielen zwischen 2012 und Jahresende 2016 für nicht erstattungsfähige, freiwillig von der LHM erbrachte Leistungen im Kontext der Betreuung „unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge“ an? Um welche Leistungen handelt es sich konkret?
4. Tausende „unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge“, als deren Geburtsdatum bei ihrer Einreise behördenseitig aus Gründen der Einfachheit der 1. Januar 1999 notiert wurde, wurden zum 1. Januar 2017 volljährig. Medienberichten zufolge betrifft dies in Bayern einen Anteil von rund 65 Prozent der im Freistaat lebenden „unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge“. Weil die Betroffenen mit Erreichen der Volljährigkeit aus der Jugendhilfe herausfallen, müssen für weitere Betreuungskosten die Kommunen selbst aufkommen. Die bayerischen Kommunen und Bezirke befürchten deshalb für 2017 Mehrausgaben von rund 60 Millionen Euro (nach: http://www.focus.de/politik/videos/bis-zu-60-millionen-euro-mehrausgaben-kosten-fuer-kommunen-unbegleitete-minderjaehrige-fluechtlinge-werden-volljaehrig_id_6422583.html; zul. aufgerufen: 04.01.2016, 23.39 Uhr; KR). Welche Mehrkosten kommen nach Einschätzung des Sozialreferats auf die Landeshauptstadt München zu?



Karl Richter
Stadtrat